



Buch hilft

> *Flüchtlinge Willkommen*

Den Bau einer Containersiedlung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Buch nahm die NPD als Anlass, um Ende letzten Jahres gegen Flüchtlinge zu hetzen. Das „Netzwerk für Demokratie und Respekt in Buch-Karow“ stellt sich dem entgegen. Gemeinsam riefen Initiativen und Akteure sowie die demokratischen Parteien dazu auf, die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Das Netzwerk kritisierte die Unterbringung von Menschen in Containern ebenso wie die intransparente Politik des Senats. Im Mittelpunkt stand und steht aber die Solidarität mit den Menschen in Not.

In Gesprächen stellten die Anwohner viele Fragen, es gab auch Ängste und Vorbehalte gegen Flüchtlinge und die Unterkunft. Am größten war aber die Wut darüber, dass der Senat die Anwohner nicht

informierte und jedes Gespräch bis heute verweigert. Die meisten waren aber bereit, die Flüchtlinge zu unterstützen.

An den Treffen der Initiative „Buch hilft“ nehmen etwa 50 Menschen teil. Sie wollen dazu beitragen, dass die Flüchtlinge in Buch ihren Weg in die Gesellschaft finden.

Die Containersiedlung konnte nicht verhindert werden, mit dem Bau wurde begonnen. Alternative Vorschläge für eine Unterbringung der Flüchtlinge in vorhandene Gebäude, wie sie zum Beispiel der Bucher Bürgerverein unterbreitet hat, ignorierte der Senat.

Jetzt geht es darum, die neuen Nachbarn willkommen zu heißen. Dafür wirbt DIE LINKE in einem Brief an die Anwohner. Aber auch die Beschränkungen in der Zuwegung, die die Planungen des Senats

Schwerpunktthema

- > **Elisabeth-Aue:
Betonideologie**
... weiter auf Seite 3
- > **Staatlicher Folterknecht**
... weiter auf Seite 4
- > **DGZ-Bürostadt**
... weiter auf Seite 5
- > **Linke Flüchtlingspolitik**
... weiter auf Seite 6
- > **Gefährlicher Helmi**
... weiter auf Seite 7

im Bereich der Brunnengalerie beinhaltet, müssen rückgängig gemacht werden. Es gilt für ein solidarisches Miteinander in Buch einzutreten und dies gemeinsam zu gestalten.



Elke Breitenbach
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

> Keine-anderen-Probleme-Bär

Mit so wichtigen Anträgen wie der Initiative für eine Bärenskulptur an der Pankower Autobahn hat der ehemalige Bezirksverordnete Philipp Lengsfeld es geschafft, sich für den Bundestag zu qualifizieren. Seit Jahren kämpft nun der CDU-Stadtrat Kühne mit der Senatsverwaltung einen unerschrockenen Kampf für einen eigenen Bären. Das Engagement des Stadtrats ist schon lange zu einer fixen Idee geworden, und die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht: Hat Pankow keine anderen Probleme?

> Starke Frau

Empfängerin der diesjährigen Bezirksmedaille Pankows ist Renate Stark. BVV und Bezirksamt würdigen damit ihr außerordentliches Engagement in der Beratung von Hilfesuchenden in der Caritas-Stelle in der Dänenstraße.

> Investitionen

Die leider in sehr knapper Frist durchgeführte Beteiligung der Bürgerschaft an der Investitionsplanung des Bezirks für den Zeitraum 2015-19 hat nur 19 Vorschläge hervorgebracht. Viele beschäftigen sich mit der Verbesserung von Radwegen und Straßen. Die Anregungen werden von der Verwaltung und den Fachausschüssen geprüft und beraten. Die BVV wird am 18. Februar 2015 über die Investitionsplanung entscheiden.

> W-LAN in Bibliotheken

Trotz erheblicher Widerstände in der Verwaltung haben die Bibliotheken Pankows nun den Auftrag der Linksfraktion umgesetzt: In allen Standorten gibt es für die Benutzer kostenloses W-LAN.

Einladung BVV-Sitzung

am 18. Februar 2015

> 29. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

„Jürgen-Kuczynski-Park“ kommt

Eingangs der 28. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am 14. Januar brachten Eltern und Schülerinnen im Rahmen der Einwohnerfragestunde ihr verständliches Unverständnis über ausbleibende Baumaßnahmen an der Grundschule im



Grünanlage am Kreuzpfuhl in Weißensee wird nun nach Kuczynski benannt

Hasengrund zum Ausdruck. Die Notwendigkeit einer besseren Ausstattung an dieser Schule mit steigenden Schülerzahlen ist allgemein bekannt. Sie ist nur eines von vielen Beispielen dafür, dass der Sanierungs- und Investitionsstau in Berlin ein unerträgliches Ausmaß erreicht hat. Die Linksfraktion Pankow erneuert bei jeder Gelegenheit ihren dringlichen Appell für mehr Mittel und schnellere Planungs- und Bauverfahren.

Ein Antrag der Linksfraktion gegen das Bestreben der Senatsverwaltung, die Souveränität der Bezirke in der Bauleitplanung und damit auch die demokratischen Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden, wurde beschlossen. Pankow soll sich im Rat der Bürgermeister dagegen aussprechen, dass nun bereits bei einem Bauvorhaben ab 200 Wohneinheiten (bisher ab 500) ein „dringendes Gesamtinteresse Berlins“ vorliegen soll, bei dem die Zuständigkeit auf die bürgerferne Senatsverwaltung übergeht.

Weiterhin fordern wir die Versetzung des Gedenksteines zur Erinnerung an die Befreiung Berlins in der Ostseestraße. Der gegenüber seinem heutigen

Standort gelegene Ostseeplatz bietet mit einem Rosenrondell einen würdigen und präzentieren Ort. Der Prüfauftrag wurde beschlossen.

In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Grüne, der LINKEN und der Piraten, der von der BVV beschlossen wurde, fordern wir eine verbesserte Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen, inklusive der Ausgabe von Krankenversicherungsschickarten.

Die letzte Hürde zur Benennung der Grünanlage am Kreuzpfuhl nach dem bedeutenden Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Publizisten Jürgen Kuczynski wurde mit der Vorlage zur Kenntnisnahme des Bezirksamtes auf dieser BVV-Tagung genommen. Für eine finanzielle Unterstützung zur Anfertigung von Gedenktafel und Reliefporträt hat das Bezirksamt Pankow ein Spendenkonto eingerichtet. Nach einer fast ein Jahrzehnt dauernden Auseinander-



satzung freuen wir uns mit den unermüdeten Initiatoren der Benennung.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

Elisabeth-Aue

> Bauerndemo zur BVV

Das hatte es noch nicht gegeben. Ende November erschienen zur 27. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) demonstrierende Bürger aus Blankenfelde mit Traktoren. In Blankenfelde ist nicht nur die bauliche Dorfstruktur noch sichtbar, sondern



Elisabeth-Aue in Blankenfelde

es gibt auch noch produzierende Landwirtschaftsbetriebe. Es war bekannt geworden, dass der Senat anstrebt, auf der südlich von Blankenfelde gegenüber der Botanischen Anlage gelegenen Elisabeth-Aue ein neues Wohngebiet errichten zu lassen.

Die Aue zählte schon länger zur Baulandreserve Berlins. Die umstrittenen Bebauungspläne der 90er Jahre wurden mangels Bedarf nicht realisiert. Gab es seinerzeit Pläne für 400 Wohneinheiten als Ein- und Zweifamilienhäuser, plant der Senat jetzt einen neuen Stadtteil mit 5.000 Wohnungen im Geschosswohnungsbau. Das betrachten nicht nur die letzten Bauern als eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz, sondern viele Anwohner aus Blankenfelde und Französisch Buchholz befürchten eine massive Verschlechterung ihrer Wohn- und Lebensqualität bei der Realisierung dieses Vorhabens. In einer guten besuchten Einwohnerversammlung hatte sie das den Bezirkspolitikern bereits deutlich gemacht.

In der Novembertagung der BVV wollte die SPD in einem Antrag die Unterstützung der Senatsplanungen

durch den Bezirk mit bestimmten Auflagen hinsichtlich der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, der sozialen Infrastruktur und einer Preisbindung für einen Teil der Mietwohnungen verbinden. Dem versagten aber alle anderen Parteien die Unterstützung, so dass drei konkurrierende Anträge in die BVV eingebracht wurden.

Die CDU brachte einen Antrag der Bürger von Blankenfelde ein, der eine Bebauung grundsätzlich ablehnt und den Erhalt der Elisabeth-Aue als Grünfläche fordert. Der Antrag der LINKEN richtet sich gegen das Ad-hoc-Verfahren des

Senats und betont, dass es derzeit kein dringendes öffentliches Interesse an der Inanspruchnahme der Elisabeth-Aue als Wohnungsbaufäche gibt und für eine langfristige nachhaltige Entwicklung Alternativen zur Bebauung zu prüfen und ggf. Rahmenbedingungen für eine Bebauung zu entwickeln sind. Der Senat und das Bezirksamt Pankow haben für das akute Erfordernis und das Maß der Bebauung keinerlei städtebaulichen Gründe vorzuweisen. Sie meinen offenbar, dass mit der Parole „Berlin braucht Wohnungen“ alles gesagt sei.

Auf der Elisabeth-Aue wie am Maurer- oder Thälmannpark und an vielen anderen Orten in der Stadt droht bei der blinden „Landnahme für den Wohnungsbau“ eine nachhaltige vernünftige Stadtentwicklung auf der Strecke zu bleiben. Dabei geht es meist um die Profite der Immobilienwirtschaft, mitunter um die Machtrepuration von Politikern, aber niemals um die Lösung des sozialen Wohnungsproblems.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Mieter Macht Stadt.

> Mieterforum Pankow gegründet

Am 14. November 2014 konstituierte sich mit Unterstützung der AG Stadt der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) das Mieterforum Pankow (MFP). Es versteht sich als Netzwerk aktiver Mieter, von Mieterinitiativen und Hausgemeinschaften. Zur Gründungsversammlung kamen ca. 50 Aktivisten.



Im Netzwerk wollen sie Erfahrungen austauschen und gegenseitig Solidarität bei Konflikten mit den Vermietern üben. Unser Thema sind die Problem- und Konfliktfälle zwischen Mietern und Vermietern, die über den individuellen privatrechtlichen Einzelfall hinaus ganze Häuser und Wohnanlagen betreffen und bei denen eine solidarische und organisierte Mieterschaft mehr für alle Mieter erreichen kann. Es geht um den Erhalt der kulturell und sozial gemischten Nachbarschaften, um ein solidarisches Zusammenleben im Kiez.

Wir wollen mehr Macht für die Mieter Pankows schaffen. Das Mieterforum wird auch wohnungspolitische Positionen formulieren und in die öffentliche Debatte auf Bezirks- und Landesebene einbringen. Das nächste Forum des MFP findet im Frühjahr 2015 zum Thema „Energetische Sanierung - nachhaltig und sozial“ statt.

Aktive Mieter und Hausgemeinschaften sind aufgerufen, sich dem Mieterforum anzuschließen. Sie können bei Konflikten mit den Vermietern und Eigentümern beim MFP aktive Solidarität und fachliche wie politische Unterstützung finden.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

<http://mieterforum-pankow.net>

Verbrechen im Staatsauftrag

> **Schockierende Wahrheiten im CIA-Folterbericht**

Ende vergangenen Jahres war ich mit Kollegen aus dem Bundestag zu Gesprächen in die USA gereist. Just zu diesem Zeitpunkt präsentierte die demokratische Senatorin Dianne Feinstein den Untersuchungsbericht zu den Folterme-



Weißes Haus in Washington D.C.

thoden der CIA. Ich gewann angesichts der wütenden Reaktionen der Republikaner den Eindruck, dass dieser Bericht bei ihnen und wohl auch der Mehrheit der Bevölkerung von keinem Funken Einsicht begleitet war. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass die einst von der Bush-Regierung legitimierten Misshandlungen von Gefangenen dem

Kampf für Menschenrechte weltweit großen Schaden zugefügt haben. Das Ausmaß an Verbrechen, die im Staatsauftrag begangen wurden, war deutlich schockierender, als es sich viele vorstellen konnten. Und man muss davon ausgehen, dass alles noch viel schlimmer ist.

Die Bundesregierung entwickelt keinerlei Ehrgeiz, Einblick in den vollständigen Bericht zu nehmen, wie aus einer Antwort des Staatsministers Michael Roth auf meine schriftliche Anfrage hervorgeht, denn „die amerikanische Regierung hat bereits angekündigt, dass der vollständige Bericht aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht freigegeben wird“. Darauf will man es offenbar beruhen lassen.

Präsident Obama will den CIA-Folterknechten nun Straffreiheit gewähren. Sie und all jene, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, gehören jedoch vor Gericht und nach einem ordentlichen

Gerichtsverfahren ins Gefängnis. Wenn die Folterpraxis ohne juristische Konsequenz bleibt, dann handeln die USA nicht besser als ein Unrechtsstaat.

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



In Reaktion auf eine Strafanzeige von Gregor Gysi sagte nun Generalbundesanwalt Harald Range eine Prüfung der Foltervorwürfe zu. Der UN-Sonderberichterstatter Ben Emmerson hat bereits wissen lassen, dass die für die Folter Verantwortlichen in jedem Land verfolgt und angeklagt werden können.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

Kurz aus dem Kiez

> **Kinderkrankenhaus**

Das Landgericht Berlin hat entschieden, dass das ehemalige Kinderkrankenhaus in Weißensee an das Land Berlin rückübertragen wird. Hoffentlich wird der Senat den Bezirk diesmal an der Entscheidung über die Zukunft des Geländes angemessen beteiligen. Damit sich die Tragödie nicht wiederholt.

> **SPD-Büro beschmiert**

Am Mittwoch, den 7. Januar wurde das Bürgerbüro des SPD-Abgeordneten Torsten Schneider in der Florastraße mit fremden- und flücht-

Kurz aus dem Kiez

lingsfeindlichen Parolen beschmiert. In der Vergangenheit gab es bereits mehrfach Sachbeschädigungen mit fremdenfeindlichem Hintergrund, die sich gegen Befürworter des Containerdorfs in Buch richteten. Die Polizei ermittelt.

> **Mauer-Ausstellung im Museum Pankow**

Das Museum Pankow in der Prenzlauer Allee 227/228 präsentiert noch bis zum 13. März die Ausstellung „Bau und Öffnung der Berliner Mauer in der Wollankstraße 1961-1990“. Die Ausstellung bietet einen Einblick in

Kurz aus dem Kiez

dieses Kapitel Deutscher wie Berliner Geschichte und ist von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr für Besucher geöffnet.

> **Erneute Sachbeschädigungen in Buch**

Der Bauzaun an der Baustelle der geplanten Wohncontainer für Flüchtlinge wurde erneut umgestoßen. Auch wenn bisher noch keine weiteren Demonstrationen der NPD in Buch angemeldet sind, hält das Klima der Einschüchterung gegenüber Flüchtlingen wie Befürwortern der Wohncontainer weiter an.

Bürostadt

> In das DGZ kehrt Leben ein

Als die „DGZ-Bürostadt“ an der Gustav-Adolf-Straße entstand, glaubte man, Berlin benötige mehr Büroflächen. Auch damals gab es Prognosen für ein wachsendes Berlin. Viele Hoffnungen, darunter die auf eine bessere Anbindung des Ortsteils Weißensee an den Öffentlichen Personennahverkehr, haben sich nicht erfüllt. Inzwischen ist die Bürostadt zwar immer noch nicht annähernd vollvermietet, es haben sich aber immerhin das Bundeszentralamt für Steuern, das Robert-Koch-Institut und einige privatwirtschaftliche Büros hier angesiedelt. Ein menschenleerer erscheinender Fremdkörper ist die Bürostadt für das angrenzende Wohngebiet aber leider geblieben.

In den letzten Jahren zeichnet sich eine Entwicklung ab, die den Charakter des Areals verändert. Nach und nach wurden Büros in Wohnungen umgewandelt. Auch mit den Bewoh-



DGZ-Bürostadt

nern der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge kehrt Leben ein. Die große brachliegende Fläche an der Johannes-Itten-Straße sollte aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden und die Lebensqualität erhöhen. Hier könnte ein Spiel- oder Bolzplatz entstehen. Wir haben deshalb das Bezirksamt beauftragt, mit dem Besitzer der

Bürostadt Gespräche zu führen. Wenn aus der Bürostadt ein Quartier wird, in dem Menschen leben, sollte sie auch wirklich zu einem lebendigen Viertel werden.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Je suis Charlie et Ahmed

> Das Abendland und der Islam

Den Einfluss von 21 Prozent der Weltbevölkerung in Europa wegen einiger 10.000 Fanatiker unter 1,6 Milliarden gläubigen Menschen weltweit zu unterdrücken, ist unrealistisch und moralisch verwerflich. Würde dieser Maßstab für alle Religionen gelten, müsste mit dem Christentum, der weltgrößten Religion und dessen Gläubigen, ebenso verfahren werden.

Hilfreicher ist, sich auf die Menschenrechte zu besinnen, seinen eigenen Verstand zu gebrauchen, genau hinzuschauen und zu unterscheiden: zwischen Menschen, ihren Religionen und dem Missbrauch von Religionen, auf die geschichtlichen Zusammenhänge, die unsere Welt und die

Menschen, die auf ihr Leben, zu dem gemacht haben, was sie heute ist, was wir heute sind. Es braucht ökonomische und soziale Veränderungen im Umgang mit uns allen. In diesem Prozess muss man sich die Frage stellen, ob wir westliche Demokratien unser Dogma Satirefreiheit immer über die Rücksicht auf die Sensibilitäten unserer Mitmenschen stellen sollten. Ich meine: NEIN.

Auch Muslime verteidigen immer wieder die westliche Demokratie und deren Werte. Am 7. Januar 2015



Quelle: flickr.com/cathobordeaux

starb dafür in Paris unter anderen der Polizist Ahmed Mehrabet. Dass er Muslim war, spielte für die Terroristen nicht die geringste Rolle. Sie erschossen ihn, im Namen seiner Religion, ebenso kaltblütig wie die Satiriker von Charlie Hebdo.



Ines Pohl
Bezirksverordnete

Mehr als ein Dach überm Kopf

> Linke Vorschläge zur Flüchtlingspolitik

Etwa 15.000 Flüchtlinge werden in diesem Jahr nach Berlin kommen. 2014 waren es 12.188, etwa viermal mehr als in den Jahren zuvor. Der SPD-CDU-Senat reagiert auf die steigende Zahl derjenigen, die in unserer Stadt Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, mit Dramatisierung und Überforderungsrhetorik. Doch gemessen an den 3,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern Berlins sind 22.000 Menschen in Asylverfahren zwar ein Thema – ein Problem sind sie ganz gewiss nicht.

Problematisch ist vielmehr, dass der Senat Handlungsoptionen nicht nutzt und zum Beispiel mit der Unterbringung in großen Containersiedlungen der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Flüchtlingen Vorschub leistet. Wer sieht, wie in Turnhallen mehr als 200 Frauen, Männer, junge und alte, dicht an dicht, gepflegt, notfalls ärztlich versorgt, aber ohne jede Privatsphäre untergebracht sind, weiß, dass ein Dach überm Kopf eben nicht alles ist.

Es geht um mehr, auch darum, dass die grundsätzlich aufgeschlossene Haltung der Berliner Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen nicht zerrüttet wird. Denn mit seinem Aktionismus, dem Hin- und Hergeschiebe von Verantwortung zwischen Senatsverwaltungen bzw. zwischen Senat und Bezirken, spielt die rot-schwarze Koalition denen in die Hände, die fremdenfeindlich und rassistisch gegen Flüchtlinge in der Stadt auftreten.

Auch wenn derzeit die Unterbringung im Mittelpunkt vieler Diskussionen ist – eine verantwortliche Flüchtlingspolitik hat weitaus mehr Baustellen zu bearbeiten: Es geht um Schulbildung, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Gesundheitsschutz, die Durchsetzung von Rechten und die Bekämpfung von Diskriminierung und Ressentiments. Der Senat hat für all das kein gesamtstädtisches Konzept. Wir haben den ehemaligen Integrationsbeauftragte der Stadt, Günter Piening, gebeten, mit uns zusammen ein Konzept für die Berliner Flüchtlingspolitik zu ent-

B Ü R G E R B Ü R O

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



wickeln. Es umfasst Vorschläge für alle Lebensbereiche und zeigt, wie politische Maßnahmen ineinandergreifen können. Vor allem zeigt es, dass im Umgang mit Flüchtlingen eine andere Politik möglich ist. Wir haben begonnen, unser Konzept öffentlich zu diskutieren und freuen uns über jede und jeden, die bzw. der sich an dieser Debatte beteiligt.

Udo Wolf

**Vorsitzender Fraktion
DIE LINKE.Berlin**

Mehr Information

> Antrag zur Anwohnerversammlung in Buch

Im Zusammenhang mit der Errichtung von Containerbauten für Flüchtlinge in Buch hat der Senat eine miserable Informationspolitik betrieben. Weder das Bezirksamt noch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Pankow waren informiert.

In einem Antrag forderte die Linksfraktion in der BVV deshalb eine Anwohnerversammlung in Buch, auf der die eigentlich Verantwortlichen Rede und Antwort stehen sollen. Die BVV verwies unseren Antrag zusammen mit Änderungsanträgen in die Ausschüsse.

Im Sozialausschuss ist die Beratung noch nicht abgeschlossen. Das Bezirksamt hat für mehrere kleine Anwohnerversammlungen keine Kapazität und

lehnt eine große Versammlung unter Verweis auf die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Moscheebau in Heinersdorf ab. Damals gab es zunächst Proteste, die auch von der NPD und anderen Rechtspopulisten instrumentalisiert wurden. In Buch hat das Bezirksamt nunmehr die Anwohner mit einem zweiten Brief über die weiteren Entwicklungen informiert.

Anwohner haben ein Recht auf umfassende Information. Zu einer vorausschauenden, transparenten und Mitwirkung zu lassenden Flüchtlingspolitik muss der Senat, insbesondere der zu-



Solidaritätsdemo im August 2014 in der Rennbahnstraße

ständige Senator Czaja (CDU), gedrängt werden. Es werden weitere Flüchtlinge kommen, die menschenwürdig untergebracht werden müssen. Daher darf die bisherige verfehlte Informationspolitik

– vorbei an den örtlich Zuständigen und den Anwohnerinnen und Anwohner – nicht zugelassen werden.

**Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter**



Gefährlicher Ort?

> **Helmholtzplatz: Rücksicht und Akzeptanz statt blinden Aktionismus!**

Für Überraschung sorgte beim Förderverein Helmholtzplatz im September vergangenen Jahres die Kündigung des soziokulturellen Platzhauses. Als Begründung führte Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne) die verschlechterte Sicherheitslage und mangelnde Aktivitäten des Fördervereins an.

Grund für uns, beim Senat nachzufragen. Ergebnis: Ein „Kundenmonitoring“ unter Anwohnern habe ergeben, 28 Prozent der Befragten dort würden „sich unwohl fühlen“, der „Nahbereich des Platzhauses“ sei „in ein soziales Ungleichgewicht geraten“. Die Kriminalstatistik belegt das aber nicht. Erinnern wir uns: Bereits in den 1990er Jahren war der Platz übel beleumundet, „gefährlicher Ort“, unter anderem wegen der seinerzeitigen Drogendealens. Um die Jahrtausendwende ist der Platz gemeinsam mit Initiativen und Betroffenenvertretungen umgestaltet worden. In dieser Zeit entstand auch das Platzhaus.

Nutzungskonflikte wurden ausgehalten. Der Förderverein vermittelte dabei engagiert. Seitdem ist das Gebiet um den Helmholtzplatz massiv aufgewertet, die Bevölkerung ausgetauscht worden. Seit einiger Zeit gibt es nun wieder verstärkt Anwohnerbeschwerden. Nur: die Verdrängung der „Szene“ dem Platz kann kaum eine Lösung sein. Soziale und Nutzungskonflikte kann weder die Polizei noch die Kündigung des soziokulturellen Zentrums lösen. Es ist gut, dass Proteste nun zumindest zu einer Aussetzung der Kündigung bis Jahresmitte 2015 geführt haben. Es wird darauf ankommen, gemeinsam mit dem Förderverein Ideen zu entwickeln, wie alle den öffentlichen Raum Helmholtz-



Helmholtzplatz

platz gemeinsam nutzen können. Mit Rücksicht und Akzeptanz statt mit blindem Aktionismus.

Klaus Lederer, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Wolfram Kempe, Bezirksverordneter



★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

30. Januar • 19 Uhr „Hannah Arendt und Karl Jaspers – Skizze einer philosophischen Freundschaft“, Diskussion / Vortrag mit Prof. Dr. Matthias Bormuth, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe U und S Schönhauser Allee)

3. Februar • 19 Uhr „Kriminelle Ökonomie – Rolle von Wirtschaftsverbrechen in der heutigen Demokratie“ Diskussion / Vortrag mit Prof. Dr. Hans See, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe U und S Schönhauser Allee)

12. Februar • 19 Uhr „Wortwechsel“ – PE-GIDA – Fakten, Hintergründe und Gegenstrategien, Vortrag/Diskussion mit Lars Kleba, DIE LINKE Sachsen, Helle Panke e.V., Abgeordnetenbüro Breitenbach - Möller - Wolf, Erich-Weinert-Str. 6 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

16. Februar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

17. Februar • 10 Uhr „Herausforderungen für eine starke linke Stimme im Europaparlament“, Seniorenklub im

Karl-Liebknecht-Haus, Diskussion / Vortrag mit Cornelia Ernst (MdEP), Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

23. Februar • 16 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Abgeordnetenbüro Breitenbach-Möller-Wolf, Erich-Weinert-Straße 6 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

• **18 Uhr Basistag im Karl-Liebknecht-Haus**, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

26. Februar • 14.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Amtshaus Buchholz, Nachbarschafts- und Familien-Café (im Erdgeschoss links), Berliner Straße 24, 13127 Berlin

26. Februar • 19 Uhr „Totalitarismus - eine notwendige Denkfigur des 20. Jahrhunderts?“, Diskussion / Vortrag mit Prof. em. Dr. Alfons Söllner, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe U und S Schönhauser Allee)

28. Februar / 1. März • 15 Uhr Festival Musik und Politik in der WABE, Danziger Straße 101, 10405 Berlin

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin

030/547 13 44 8

030/547 13 44 9

buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von Carola Bluhm, Uwe Doering und Klaus Lederer



Stammtischparole

Wir sind zum ersten Mal im neuen Jahr zum Stammtisch im Eisernen Gustav. Ich bestelle eine Flasche Sekt, um auf das neue Jahr anzustoßen. Frieden und Gesundheit sind die Wünsche.

Lena holt einen Zettel aus der Tasche. Sie liest vor: „Sehr geehrter Herr Bouffier, Sie sind der Meinung, dass die Initiative der PEGIDA sich auf Dresden bezieht, kein Zufall sein kann. Die Bevölkerung hatte in der DDR kaum Kontakt zu Ausländern und das wirke immer noch nach. Hier die Ursache für die Entgleisungen von PEGIDA zu sehen, findet nicht meine Zustimmung. Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass seit mehr als 25 Jahren die DDR nicht mehr existiert und die Ausländerfeindlichkeit als ein Erbe der Vergangenheit zu sehen, zeigt Ihre mangelnde Klugheit. Bei einer gründlichen Analyse hätten auch Sie merken müssen, dass soziale und

politische Ursachen im Deutschland der Gegenwart zu suchen sind. Angst um den Arbeitsplatz, Waffenexporte, unzureichende Zukunftsgewissheit bewegen nicht nur die Bürger in Dresden. Das völlige Versagen bei einer menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge in Städten und Dörfern, auch in Hessen, vermittelt den Eindruck, dass die Regierenden selbst nur halbherzig die Probleme lösen wollen. Leider stehen Sie, Herr Bouffier, in der CDU nicht allein mit einer solchen Meinung. Ich kann Sie nur bitten, nehmen auch Sie die Sorgen der Demonstranten ernst. Hochachtungsvoll.“ Die nachfolgende Diskussion setzte sich vor allem mit dem Antiislamismus auseinander.

Ein Gläschen Korn und Bier lockerten wieder die Stimmung. Ein Frühstück dazu förderte die Zuversicht,

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 15. Januar 2015
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 23. März 2015.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Ute und Jens Dähnel, Sandra Kaliga, Stefan Liebich, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Sandra Brunner, Gernot Wolff

Die **extraDrei** braucht Spenden!
Empfänger: DIE LINKE Berlin
Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: 810-505

die Vernunft möge doch die Oberhand gewinnen.
Klaus Flemming

SUDOKU

leicht

Vitamine für's Gehirn

mittel

4		2		7				6
			1			4	9	
	1	5		6				
		4		8				
9			6					
		8	5			2	9	
3		1	7					
6		7	8	9				4
5		9			4		1	

				5	8	6		9
								4
	1		4				5	3
1					2			7
			6		5			8
			7					
2				6	4	9		
4	5			3	7			8
					9			4

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.